

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21581-33
Fernschreiber 0886890

P/XII/71 - 26. März 1957

Hinweise auf den Inhalt:

Saarland ohne Regierung	S. 1
Ritzel, MdB: Hohe Entsendekosten für Bundesdiplomaten	S. 2
"Kirche und Leben" und der Wahlkampf	S. 3
Das Wetrüsten in der Ostsee	S. 4
Polen blickt auf den Clauser-Prozess	S. 6

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Ney

sp. Nach 15 Monaten Regierungszeit ist das Kabinett Ney, das sich seit dem Ausscheiden der DPS im Dezember vergangenen Jahres nur noch auf eine CDU/SPD-Koalition stützte, am Montag Nachmittag überraschend zurückgetreten. Dr. Ney begründete diesen Schritt in einem Brief an den Landtagspräsidenten Wilhelm Kratz in erster Linie mit dem Ausscheiden von Finanzminister Prof. Blind, der seinen Lehrstuhl an der Frankfurter Universität wieder übernimmt. Damit wären in dem ohnehin schon stark zusammengeschrumpften Rumpf-Kabinett drei Ministersessel zu besetzen gewesen. Der innere Anlass zum Rücktritt aber dürfte die seit Dezember schleichende Krise der Regierung sein, die sich nur auf 24 von 50 Abgeordneten des Saarlandtages stützen konnte und auf die Tolerierung der CVP oder DPS angewiesen war.

Durch den Rücktritt des Kabinetts sind die bis dahin zäh verlaufenen Verhandlungen zwischen den Parteien über die Regierungsbildung in ein akutes Stadium getreten. Noch am Wochenende hatte der Parteiausschuss der CDU einstimmig Dr. Ney beauftragt, die neue Regierung auf einer Vierer-Koalition aufzubauen. Die CVP dagegen, die mit der SPD verhandelte, hat dabei zu erkennen gegeben, dass sie eine Dreier-Koalition - CDU, CVP, SPD - anstrebt, ohne die DPS Dr. Schneiders an der Regierung zu beteiligen. Diesem Vorschlag steht die SPD jedoch kritisch gegenüber. Die Wahrscheinlichkeit einer Dreier-Koalition ist aber dann gegeben, wenn die DPS weiter auf einer Ablehnung Dr. Neys beharrt, den die CDU schon aus Prestige Gründen wieder aufstellen will.

Die Bildung einer alten Heimatbundkoalition mit CDU, SPD, DPS dürfte unwahrscheinlich sein, weil die CDU, auf starken Bonner Druck, die CVP unbedingt an der Regierung beteiligen will, um auf diese Weise die "christliche Einigung" herbeizuführen. In dieser Koalitionsarithmetik der Saarparteien wird die endgültige Entscheidung erst in den nächsten Tagen fallen.

* * *

Die Verleumder sind unter sich geblieben

sp - "Ich kann kein Kommunist sein, weil im Sowjetbereich die Würde und die Freiheit des Menschen mit Füßen getreten und die Grundsätze der freiheitlichen Arbeiterbewegung sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachtet werden". Dieser Satz ist das politische Glaubensbekenntnis Herbert Wehners, mit dem er am Dienstag seine Erklärung vor der Bonner Presse abschloss. Die Teilnehmer dieser Pressekonferenz müssen wohl gespürt haben, dass hier ein Mann vor ihnen stand, der nichts von seiner politischen Vergangenheit zu beschönigen oder gar zu verbergen hat.

Gegen diesen Mann hatte sich in den letzten Tagen eine Schmutzflut von Perfidie ergossen, deren Urheber genau wussten, was sie taten, und die sogar dann noch nicht abliessen, als vor aller Welt schon klar war, aus welcher trüben Quelle die Verleumdungen gegen Herbert Wehner gespeist wurden. Hierbei reichte sich die politische Unterwelt - sonst entgegengesetzter Couleur - die Hände, verbunden in dem gemeinsamen Bestreben, den Sozialdemokraten Herbert Wehner von der Bühne der deutschen Politik zu stossen.

Dieser schmutzige Versuch ist missglückt; er musste missglücken, weil die Kräfte der Abwehr gegen die Gemeinheit auch im politischen Raume stark genug sind.

Die Verleumder sind unter sich geblieben. Massgebende Zeitungen in der Bundesrepublik haben die Angriffe auf Herbert Wehner als den Ausfluss einer Gesinnung gekennzeichnet, die kein Gewissen und kein Gefühl für Sauberkeit hat.

Wenn ausserdem das grosse "Sonntagsblatt" des hannoveranischen Landesbischofs Lilje eine ganzseitige Arbeit Herbert Wehners über die innere Entwicklung des Marxismus veröffentlicht und dem Verleumdeten damit den Respekt vor seiner Integrität zollt, so ist das eine noble Haltung. Sie steht nicht für sich allein.

Diejenigen, die Herbert Wehner durch ihre heimtückische Treibjagd in die politische Wüste verdammen wollten, haben sich selbst gerichtet und aus der Gemeinschaft all derer ausgeschlossen, die auch im politischen Andersdenkenden den die Wahrheit Suchenden und den Kämpfer für eine freiheitliche Ordnung sehen.

Kleine Klurbereinigung

Von H.G.Ritzel, MdB

Bei der Prüfung der Nachweisungen über die sogenannten Entsendekosten deutscher Diplomaten ins Ausland habe ich vor einiger Zeit beanstandet, dass beispielsweise die Entsendung des Herrn von Eckart als Beobachter bei der UNO seinerzeit den Betrag von 86 000 DM an Kosten verursacht hat und die Entsendung des Herrn Blankenhorn als Botschafter zur NATO nach Paris rund 46 000 DM kostete.

Ich habe in diesem Zusammenhang festgestellt, dass nach geltenden Bestimmungen die Leiter der Auslandsvertretungen Einrichtungsgelder erhalten und dass sie bis dahin in der Lage waren, die aus diesen Einrichtungsgeldern erworbenen Gegenstände, beispielsweise Ergänzung der Wohnungseinrichtung, Beschaffung von Tafelsilber etc., selbst dann als Eigentum für sich zu behalten, wenn sie nach kurzer Auslandsvertretung wieder in die Zentrale zurückberufen wurden. So war dies bei Herrn von Eckart der Fall, der nach kaum einjähriger Tätigkeit in New York zum Leiter des Presse- und Informationsamtes berufen wurde.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat auf meinen Antrag eine Dreierkommission eingesetzt, die in zwei Nachtsitzungen zusammen mit den Beauftragten des Auswärtigen Amtes und des Bundesfinanzministeriums die Sachlage abklärten. Meine Feststellung, dass die Leiter der Auslandsvertretungen aus den Entsendekosten selbst Tafelsilber beschaffen und für sich behalten können, traf zu. Es wurde festgestellt, dass zwar etwa 90 % aller bestehenden diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland auf Kosten des Bundes ausgestattet sind und dass diese Ausstattung bei Wechsel des Missionschefs jeweils in der diplomatischen Vertretung ^{ver}bleibt, aber es wurde auch festgestellt, dass in den restlichen etwa 10 % eine Änderung notwendig ist, die u.a. auch zu der Prüfung der Höhe der Einrichtungsgelder in gewissen Fällen führen muss.

Eine andere Frage betraf in diesem Zusammenhang die hohe Zahl der Versetzungen ins Ausland, innerhalb des Auslandes und aus dem Ausland nach der Heimat zurück. Das Auswärtige Amt konnte geltend machen, dass es selbst seit geraumer Zeit bei Versetzungen einen sehr strengen Maßstab anlegt. Auf Grund der Untersuchungen, die der Dreier-Ausschuß angestellt hat, sind Ergebnisse erzielt worden, die auf eine weitere

Verringerung der Unzugskosten rechnen lassen.

Mit der Beseitigung der bisher geltenden Bestimmungen über die sogenannten Einrichtungsgelder wird ein neuer Tatbestand geschaffen. Es wird dann künftig unmöglich sein, dass Bundesgelder dazu dienen, den Leitern von deutschen Auslandsmissionen durch Anschaffung von Ausstattungsgegenständen einschliesslich Tafelsilber einen nicht zu rechtfertigenden Vermögenszuwachs zu verschaffen. Viel richtiger ist es, die nicht zu bestreitenden Repräsentationsräume aus Bundesmitteln auszustatten und sie unabhängig von der Person des Missionschefs immer bei der betreffenden Botschaft zu erhalten.

Der ganze Vorfall ist ein sprechendes Beispiel für die Notwendigkeit eines weiteren Austakes des Kontrollrechts des Parlaments.

* * *

Triumph der Unwahrheit

D. Str. Der Bonner Chronist wird in der zunehmenden Schärfe der Wahlschlacht um die Spitze im weissen Hause am Rhein allmählich immer gegen die permanente Wiederholung von Erklärungen, die das Ziel haben, durch wider besseres Wissen verbreitete Unwahrheiten die SPD zu diffamieren. Der Fall Wehner ist im politischen Bereich noch nicht alt geworden, da flattert dem Verfasser ein Pamphlet auf den Tisch, das - an hervorragender Stelle im Kirchenblatt für das Bistum Münster abgedruckt - schon an die strafrechtlichen Tatbestände der Beleidigung heranreicht.

Der Verfasser dieses Nachwortes im münsterischen Kirchenblatt scheut nicht davor zurück, zwischen den Zeilen alle die aufrechten und praktizierenden Katholiken zu diffamieren, die ihre politische Heimat mit gutem Gewissen in der SPD gefunden haben. Und so fragen diese Katholiken den verantwortlichen Herausgeber des Blattes, den Bischof von Münster: Sind wir schlechtere Glieder der Kirche, weil wir glauben, dass in der Bewegung des freinehlichen Sozialismus die Anliegen eines echten und vor allen Dingen wahren Christentums nicht ebenso gut, ja, wenn nicht besser aufgehoben sind, als in der mit dem Geist des Pharisäertums durchtränkten sogenannten "christlichen" Union?

Ist es nicht eine Unwahrheit, wenn im münsterischen Kirchenblatt behauptet wird, die SPD habe eine atheistische Grundlage, die in der

26. März 1957

P/XII/71

marxistischen Lehre begründet sei? Warum will es denn das münsterische Bistumsblatt einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass der freiheitliche Sozialismus lediglich ein Rahmen ist, der mit der individuellen religiösen Meinung des sozialistischen Mitstreiters ausgefüllt wird? Ist es nicht geradezu eine Orgie der Verleumdung, wenn das Bistumsblatt das Problem der Schwangerschaftsunterbrechung gewaltsam hervorzerzt, um der SPD hierbei eine besondere Grosszügigkeit zu unterstellen?

Nicht nur aus gerichtsnotorischen Feststellungen, mit denen Verleumder aus den Reihen der CDU zurückgewiesen wurden, sondern auch aus eigenen Informationen sollte das Bistumsblatt wissen, dass die Meinung der SPD zu dieser Frage mit der Auffassung unseres geltenden Rechtes übereinstimmt. Da wird der SPD zwischen den Zeilen "unchristliches" Verhalten in der Beurteilung der Ehe vorgeworfen - welch' ein abgründtiefer Unsinn! Da wird die SPD nach ihrer Haltung in der Schulfrage angesprochen, und zwar mit dem deutlichen Vorwurf, sie wolle eine "unchristliche" Schule. Nun, wir verweisen den Schreiber auf Nordrhein-Westfalen, wo die CDU nicht in der Regierung ist. Wo wird da eine "unchristliche" Schulpolitik betrieben?

Der Beispiele grundloser böler Nachrede in diesem Artikel sind genug aufgezeigt. Wir haben nur noch zu fragen, ob die Gebote von Sinai für das Bistumsblatt in Münster nicht verbindlich sind. Man dachte doch bisher, dass gerade auch eine solche Zeitung mithelfen wollte, ein Sachwalter von Gottes Wort zu sein.

* * *

Kiel und Flensburg - Schwerpunkte der Bundesmarine

mu, Kiel

Das Bundesverteidigungsministerium strebt an, möglichst schnell elf Geschwader der westdeutschen NATO-Marine allein an der kurzen schleswig-holsteinischen Ostseeküste mit den Schwerpunkten in Kiel und Flensburg einsatzbereit zu haben. Es soll sich da um zwei Zerstörergeschwader handeln, deren Rückgrat am Anfang acht USA-Zerstörer bilden werden. Weiter ist an drei Schnellbootgeschwader und eine Marinefliegergruppe gedacht.

Entsprechend der herkömmlichen Gedankenführung im militärstrategischen Denken wird diese schnelle und starke Marineaufrüstung mit dem Hinweis auf die grosse sowjetrussische Flotte begründet. Das Gleich-

gewicht der Kriegsmarinen in der Ostsee muss endlich wiederhergestellt werden, heisst es. Die Schweden müssen eine Hilfestellung bekommen, um den "traditionellen Zustand" wieder auszubalancieren, sagt man auch in den Stäben.

Bei diesen Argumenten wird jedoch übersehen, dass Schweden nicht Mitglied der NATO ist. Um Schweden gruppieren sich vielmehr die nur zum Teil der NATO angehörenden nordischen Länder des Nordischen Rates, Finnland, Dänemark, Norwegen und Island.

In der Ostsee gibt es neben der Konträrstellung zwischen Ost und West noch ein militärpolitisch neutralisierendes Element, dessen Kraft nicht unterschätzt werden darf. Bereits denn, wenn Schweden mit seinem Einflussbereich propagandistisch eng an die NATO herangezogen wird, besteht die Gefahr, dass Russland in erster Linie wieder auf Finnland zurückgreift, wo es doch vor gar nicht all zu langer Zeit erst gewichtige Militärstützpunkte freigab.

Es ist auf der anderen Seite richtig, dass Sowjetrussland in der Ostsee eine für diesen Meeressraum unverhältnismässig grosse Kriegsflotte besitzt - mit der es jedoch im Zeitalter der Raketen und Atombomben kaum noch durch den Weissee-Kanal in die Polargewässer oder durch das dänische Inselgewirr in die Nordsee gelangen könnte. Die Berichte westlicher Spionagedienste behaupten, dass Russland neben einem Schlachtschiff in der Ostsee elf Kreuzer, 45 Zerstörer und 54 U-Boote unterhält. Andere Meldungen, die von 200 oder gar 300 U-Booten sprechen, dürften übertrieben sein. Auch wenn man berücksichtigt, dass der Aufbau der polnischen und sowjetischen Marine erst im Anlaufen ist, so bedeuten die sowjetischen Kriegsschiffe doch ein starkes potentielles Gewicht im Ostseeraum.

Auf der anderen Seite besitzt das neutrale, aber hochgerüstete Schweden zwei Panzerschiffe, drei Kreuzer, 29 Zerstörer, von denen einige vor dem Baubeginn stehen, 2 U-Boote, 39 Kleinkampfschiffe und neben Landungs- und Treibfahrzeugen 110 kleine Dampfboote für alle möglichen Zwecke. Daneben spielen die verhältnismässig kleinen Marinen Dänemarks und Norwegens eine geringere Rolle. Aus dieser Gegenüberstellung wird klar, dass das Auftauchen einer starken Bundesmarine in Bundes der NATO das Flotten-gewicht, wie es bisher in der Ostsee bestand, in Richtung auf den Westen pendeln lässt und der Ausgangspunkt zu einem Wettüben in diesen Meer werden könnte. Das würde ohne weiteres die

P/XII/71

Position des neutralisierenden Nordischen Rates mit seinem dämpfenden Einfluss nach beiden Seiten erschweren.

Der Ostseeraum ist bisher marinestrategisch kein hochpolitisches Objekt gewesen. Eine allzu grossartige und von aggressiven Momenten begleitete westdeutsche Marineaufrüstung könnte ihn dazu machen.

* * *

Polen blickt auf den Clauberg-Prozess

sp. Der Prozess gegen den ehemaligen SS-Arzt Dr. Clauberg, den Leiter der berüchtigten "Experimentierstation" des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, beschäftigt seit seiner Ankündigung die ganze polnische Presse. Die führende Warschauer Zeitung "Trybuna Ludu" schreibt:

"Es ist eine Ironie des Schicksals, dass in keiner Strafgesetzbuch der Welt ein Strafmass für solche Menschenmorde vorgesehen ist, wie Hitler und sein nazistisches Regime sie auf dem Gewissen haben. Diese komplizierte Situation birgt die Gefahr in sich, dass die Strafe, die über Clauberg verhängt werden soll, im Vergleich mit den begangenen Verbrechen verhältnismässig niedrig ausfallen wird. Und da das so ist, ruht auf den deutschen Vereinigungen und wissenschaftlichen Institutionen sowie auf der Bevölkerung der Deutschen Bundesrepublik eine desto grössere Pflicht, den Verbrecher schon jetzt moralisch zu verurteilen, unabhängig vom Urteilspruch des Kieler Gerichtshofes. Die Tatsache allein, dass ein Arzt, Professor und Wissenschaftler sich einen Plan der Massenvernichtung von Menschen vorzeichnete, disqualifiziert ihn sowohl als Arzt wie auch als Menschen."

Auch andere polnische Blätter äussern sich in diesem Sinne. Hier soll nur noch die Tageszeitung "Glos Pracy" erwähnt werden, die den Fall unter einem für Deutschland interessanten Aspekt sieht, wenn sie schreibt: "Wir Polen erinnern uns daran, dass es schon vor Auschwitz und Maidanek die Konzentrationslager Oranienburg und Buchenwald gab. Die Polen wissen, dass der Nazismus seine unenschlichen Methoden zuerst gegen das deutsche Volk anwandte und dass auch die deutsche Nation alle Kriegsschrecken erleiden musste. Aber gerade aus diesem Grunde müssen der Fall Clauberg und alle ähnlichen Fälle restlos beseitigt werden. Daher werden wir Polen den Prozess gegen Clauberg aufmerksam verfolgen. Der Fortgang des Prozesses wird nicht nur von den Frauen verfolgt werden, welche durch persönliche Erfahrung die unenschlichen Methoden Claubergs kennengelernt haben, sondern auch von allen jenen Menschen, die den Zusammenhang dieser Methoden mit Faschismus und Krieg kennen."

Es wäre gut, wenn diese Stimme des Ernstes und der Sorge, die aus einem Land zu uns kommt, das besonders schwer unter dem SS-Terror zu leiden hatte, heute überall gehört würde.

* * *

Harichs Schlusswort vor Gericht - Wichtiger Redaktionshinweis!

Dem Ostbüro der SPD ist es gelungen, in den Besitz von Gerichtsprotokollen aus dem Harich-Prozess zu gelangen. In seinem Schlusswort griff Harich seine Ankläger so scharf an, dass sie sich in ihrer Bedrängnis nicht anders zu helfen wussten, als ihm das Wort zu entziehen. Der "Ostspiegel - Sozialdemokratischer Pressedienst" wird in seiner morgigen Ausgabe den Wortlaut des Schlusswortes von Prof. Dr. Wolfgang Harich veröffentlichen. * * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel